

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 19/2 (1992)

DOI: 10.11588/fr.1992.2.57254

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

den Gegensatz zu Spanien und Frankreich sowie die überseeischen Interessen zur Sprache gebracht habe. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts war mit zunehmendem Trend die Bedeutung der auf Übersee gerichteten Blue Water-Strategie (im Unterschied zur Kontinentalstrategie) erkennbar und damit der vorrangige Ausbau der Flotte, wenn insgesamt auch Land- und Seekriegsführung miteinander verschränkt blieben. Seit der Glorreichen Revolution war England ein integraler Bestandteil des europäischen Staatensystems und war damit auch den Veränderungen innerhalb des kontinentaleuropäischen Mächtesystems ausgesetzt.

Außenpolitik war unauflöslich mit Außenwirtschaftspolitik gekoppelt. Damit lag eine auch von Black anerkannte Strukturbedingung vor, die den Verlauf der Außenpolitik nachhaltig prägte. Völlig zu Recht konstatiert Black eine spezifisch britische Entwicklung, die man auch den britischen Sonderweg nennen kann, nämlich die »integration of government and economic and financial interests« (S. 90), die weiter und wirkungsvoller als anderswo vorangeschritten war. Bei aller Wertschätzung von traditionellem Besitz in Form von Landbesitz, der eine unverzichtbare Basis für anerkannten gesellschaftlich-politischen Status blieb, war das »financial interest« nicht etwa auf die City von London beschränkt: »This interest was neither socially nor politically distinct from the landed elite.« (S. 91) Hierin lag der Hauptgrund, warum die britische Staatsverschuldung unvorstellbar anwachsen konnte, ohne daß die Leistungsfähigkeit des Staates oder die Wachstumsstabilität der Wirtschaft gelitten hätten. Vielmehr lag gerade in der »financial revolution«, wie die politisch-gesellschaftliche Fundierung der Staatsverschuldung genannt wurde, die Ausgangsbasis für die Handlungsfähigkeit des Staates.

»Foreign policy ... favoured trade without being the slave of traders« (S. 100), so faßt Black seine Analyse zusammen. Er will damit sagen, daß nicht in allen momentanen Entscheidungssituationen unmittelbarer Druck von Lobbyisten nachweisbar ist, daß es also keinen ökonomischen Determinismus gab, der Entscheidungen quasi automatisch produziert hätte. Denn der Konsens über das gegebene Handelsinteresse besagte nicht, daß keine Debatte über Wege zur optimalen Realisierung des nationalen Interesses stattgefunden hätte. Gerade die Debatte in Permanenz war es, die die britische politische Kultur auszeichnete. Die Debatte hatte auf Veränderungen und Bewegungen im internationalen Umfeld zu reagieren, und insofern ist jede Geschichte von Politik auch immer eine Geschichte der Wahrnehmungen der Politik. Black unterstellt, daß Wahrnehmungen überwiegend kurzatmig sind und Entscheidungen eher als Aushilfen in nicht völlig überschaubaren Situationen zu verstehen sind. Er lehnt daher die Vorstellung ab, es habe sich bei der britischen Außenpolitik um ein System gehandelt, um ein »system of ambition«, wie es der Stückeschreiber und Oppositionspolitiker Sheridan 1791 nannte. Black neigt dazu, System als relativ starres Schema zu verstehen (vgl. etwa S. 4). Versteht man System indes als oft unausgesprochenen Bezugsrahmen für politisches Handeln und Wirkungszusammenhang interdependenter Faktoren, die freilich in konkreten Entscheidungssituationen niemals präzise zurechenbar sind, so lag der britischen Außenpolitik sehr wohl ein System zugrunde.

Gottfried NIEDHART, Mannheim

Paul LOMBARD, Histoire de la répression politique en France, Bd. 1: Les insurgés 1670–1799, Paris (Flammarion) 1990, 436 S.

Der Autor ist von Beruf Anwalt, und seinen Beruf leugnet er nicht in diesem Buch. Vom ersten bis zum letzten Satz kommt der Band einem Plädoyer gleich. Die Geschichte der politischen Unterdrückung mittels der Justiz seit den großen Ordonnanzen Ludwigs XIV. ist dabei nur Mittel zum Zweck. Lombard geht es nicht um die Beibringung neuen Materials zur Justizgeschichte, sondern um die Interpretation bekannten Materials.

Das Buch ist parteiisch, und will es auch sein. Die bekannten Fakten werden mit einer

gnadenlosen Einseitigkeit interpretiert, die beeindruckend, wenn auch nicht zwangsläufig überzeugend ist. Dem Fachhistoriker kommen auf Schritt und Tritt Einwände in den Sinn, doch dies dürfte Lombard kaum anfechten. Wer etwa die Justiz des Ancien Régime nicht ganz so negativ sehen möchte wie Lombard, darf sich vom Autor schon zu Beginn des Buches (S. 11) getrost unter die »inconditionnels de la royauté« eingereiht fühlen. Unter diesen Umständen spielt es keine Rolle, daß ein Jahrhundert Ancien Régime auf ca. 60 Seiten abgehandelt wird, während ein Jahrzehnt Revolution (1789–1799) auf über 350 Seiten detaillierter betrachtet werden kann, obwohl für die zentrale These das Ancien Régime ein kaum geringeres Gewicht besitzt als die Revolutionsepoche.

Der Autor beansprucht den Leser nicht durch die Entfaltung aufwendiger Theorien. Er erzählt vielmehr die großen Justizaffären von Damiens bis Babeuf, sein Sinn für Dramatik macht auch das prinzipiell Bekannte noch einmal spannend. Die Darstellung Dantons vor dem Revolutionstribunal erinnert an die Filminterpretation mit Gérard Dépardieu als Danton. Doch geht es Lombard nicht um spannende Erzählung; es ist der plädierende Anwalt, sein unbestechlicher Blick für das »objektive Drama« einer Justiz, die selbst zum Opfer der von ihr ausgelegten Fallnetze wird und Tausende in den Tod zieht, der die Spannung erzeugt.

Die Position des Autors wird vom ersten Augenblick an klaggestellt: »Pseudo-humanitaire, pseudo-religieuse, la Terreur a défini un modèle de répression dont les goulags et les commandos de la mort des théologies de l'imposture, je veux dire les totalitarismes, ne représentent, modernité oblige, que l'industrialisation.« (S. 9) Dieses Thema, die Betrachtung der Terreur mehr als Spielart einer Konstante (s.u.), denn als Modell der Geschichte, beherrscht das Buch, alles, was angeführt wird, läuft in Variationen auf immer wieder dasselbe Grundthema hinaus. Häufig wird auch das Wort vom Holocaust bemüht, Vergleiche mit stalinistischen Prozessen, mit dem Pétain-Régime, mit Vernichtungsmethoden der Nazis werden regelmäßig wiederholt. Ancien Régime, Revolution und nachfolgende Epochen – deren ausführliche Beschreibung man in den Folgebänden erwarten darf – werden grundsätzlich auf eine gleiche Stufe gestellt. Das vergrößert den Schrecken des Ancien Régime, verkleinert den der Terreur und stellt die Schrecken des 20. Jahrhunderts in eine lange historische Reihe. Werden sie damit banalisiert? Jedenfalls ist das nicht die Absicht des Autors. Das letzte Kapitel ist überschrieben: »La Terreur, phénomène français«. Darin heißt es: »On peut détacher la Terreur comme on isole un virus. Elle fait partie des constances que l'on voudrait oublier, mais qu'une démocratie s'honore de reconnaître. (...) »La Terreur, phénomène français«, détestable chapitre dont le titre s'impose. Depuis 1789, aucun changement de régime ne s'est effectué sans l'intervention d'un facteur de destabilisation. Guerre civile ou conflit étranger, nul autre pays ne peut revendiquer pareille constance dans le dérèglement. (...) L'histoire de France s'inscrit dans une permanence de coups d'État d'où la Terreur n'est jamais absente. (...) Je termine ce livre au milieu de l'automne éclatant de Provence. (...) ... J'imagine une justice qui cesserait d'humilier les hommes, qui les prendrait en charge au lieu de les briser. Une justice sans Fouquier-Tinville, sans Herman, sans le chancelier Séguier. Une justice restituée à Saint Louis, à d'Aguesseau, à Malesherbes, qui éloignerait le pilori, cesserait d'être assourdie par le tintamarre. Une justice qui ne ferait plus aussi mal quand elle se trompe.« (428f.)

Bei der Lektüre des Buches und den schnellen Vergleichen, die gezogen werden, fühlt sich der deutsche Leser an Themen erinnert, die im sog. Historiker-Streit debattiert wurden. Geschrieben wurde das Buch in erster Linie, wie die letzten zitierten Sätze zeigen, für die innerfranzösische Debatte. Doch wird ein Paul Lombard dem von ihm benannten Ziel näher kommen, wenn er sich eines Darstellungsverfahrens bedient, in dem die Geschichte häufig auf ein einfaches Schwarz-Weiß-Schema reduziert wird? Hilft die Annahme bzw. der Pseudo-Nachweis historischer Konstanten bei der Lösung heutiger Probleme? Sind die Mechanismen politischer Repression in Frankreich über die Jahrhunderte wirklich sich selbst gleich geblieben, so daß es Lombard ohne weiteres möglich erscheint, den Bogen von der Bartholomäus-

Nacht bis zu den gemäß Autor prozeßrechtlich fragwürdigen ersten Prozessen der *Épuration* zu spannen?

Die Lektüre des Buches wird erträglicher, wenn man sich Lombard als modernen Skeptiker vorstellt, der jetzige Generationen vor blind machender Selbstgerechtigkeit und dem Gefühl historischer Überlegenheit warnt. Solcher Skeptizismus kann nur von Nutzen sein, aber rechtfertigt dies die angewandten Methoden? Es wäre überzeugender, wenn sich der Anwalt Lombard etwas weniger in der Kunst des Plädoyers, dafür aber – auf Kosten erzählerischer Dramatik – in der Kunst der historischen Phänomenologie geübt hätte.

Wolfgang SCHMALE, Bochum

Lucien BÉLY, *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV*, Paris (Fayard) 1990, 905 S.

Die gleichermaßen ihr Thema erschöpfende wie (bei 750 Seiten Text und 100 Seiten Anmerkungen) an den langen Atem des Lesers gewisse Anforderungen stellende *thèse d'état* des heute in Lille lehrenden Verfassers ist zweifellos eine magistrale Leistung, die die Endphase der Regierung Ludwigs XIV. und das internationale Kräftespiel sowie die zeitgenössischen Methoden und Probleme, Politik zu »machen«, vielfältig erhellt und neu konturiert. Der vielleicht etwas »reißerische« und wohl auf Publikumswirksamkeit bedachte Titel läßt das eigentliche Forschungsfeld freilich eher erahnen als deutlich werden: Es geht um den Friedenskongreß von Utrecht, seine Diplomaten und deren Umfeld, die Rahmenbedingungen von *decision-making* und die politische Kultur ganz allgemein, die strukturellen innerstädtischen Voraussetzungen einer großen Konferenz und ihre Begleiterscheinungen. Ihrem Wesen nach ist die Arbeit eher sozial- und mentalitätsgeschichtlich akzentuiert und nicht so sehr auf die lückenlose Rekonstruktion des faktengeschichtlichen Ablaufs des Kongresses fixiert; der systematische Zugriff war diesem Interesse an einer *ad-hoc*-Gesellschaft, ihrem Selbstverständnis, ihren Lebensbedingungen, ihren Konflikten und ihren Außenbeziehungen wohl auch am angemessensten.

Es ist im Rahmen einer Besprechung natürlich unmöglich, den reichen Inhalt des Bandes auch nur annähernd zu umreißen. Bély hat sein Buch in drei große Teile gegliedert: In einem ersten Teil geht er den Bedingungen und Ausprägungen der Spionage im Bereich der Diplomatie vor und in Utrecht nach und läßt die vielen Träger »geheimdienstlicher Aktivitäten«, ihre Netzwerke, Interessen und Arbeitsweisen lebendig werden. Das ist meist sehr kurzweilig und illustrativ und bietet einen guten Einblick in eine Sphäre, bei der sich die historische Forschung des fragmentarischen Quellenmaterials wegen meist ja sehr schwer tut; der Stil des Verfassers, prägnante Überschriften zu wählen und bestimmte Beobachtungen eher mit einem Aktenzitat zu belegen als tiefschürfend zu ergründen, trägt zu dieser Anschaulichkeit zweifellos bei. Der zweite Teil ist den in Utrecht tätigen Diplomaten, ihrer Ausbildung, ihrem sozialen Umfeld, ihrer Zugehörigkeit zu einer spezifischen europäischen Soziabilität, dann aber auch ihrer praktischen Arbeit gewidmet, die man nicht überschätzen darf, weil die Grundsatzentscheidungen bereits vor Eröffnung des Kongresses gefallen waren und auch während des Kongresses der Hof-zu-Hof-Verhandlung eine ganz wesentliche Rolle zukam. Im dritten Teil geht Bély schließlich im systematischen Zugriff bestimmten Einzelfragen wie der ökonomischen Dimension der Friedensverhandlungen von Utrecht, dem Passwesen und der Pässepolitik der Mächte, den Schwierigkeiten des Reisens, dann aber auch der merkwürdigen Gleichzeitigkeit von Krieg und Frieden und schließlich der Friedenspublizistik (Saint Pierre) nach.

Die Fülle von Einzelinformationen und -aspekten, die mit ausgiebigen Quellenzitaten belegt und illustriert werden, läßt ein facettenreiches Bild eines für das weitere Schicksal Europas bedeutsamen Kongresses, seiner gestaltenden Kräfte und der Methoden und Möglichkeiten, im frühen 18. Jahrhundert Politik zu »machen«, entstehen. Daß nicht alle Archive